

berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

März 2015

Überforderung der Nachbarländer bei der Flüchtlingsaufnahme

Bericht meiner Reise nach Jordanien und in den Libanon



Flüchtlingscamp in Jordanien

Über 1,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien hat das kleine Nachbarland Libanon im Zuge des Bürgerkrieges aufgenommen. In Jordanien stammt mittlerweile ein Siebtel der Bevölkerung aus dem Bürgerkriegsland. Sowohl in Jordanien als auch im Libanon erscheint die Aufnahmekapazität für syrische Flüchtlinge weit überschritten. Die meisten Flüchtlinge leben in beiden Ländern in privaten Unterkünften oder Zeltsiedlungen in Gegenden mit ohnehin schwieriger sozioökonomische Lage. Sie haben mit hohen Mietpreisen und mangelnder Gesundheitsversorgung, dem fehlenden Zugang zu Bildung sowie zunehmender Diskriminierung und Erfahrungen von Menschenrechtsverletzungen im Gastland zu kämpfen. Besonders im Libanon droht eine „verlorene Generation“ heranzuwachsen, da von 350.000 Kindern im schulpflichtigen Alter nur etwa ein Drittel eine Schule besuchen kann. Während in Jordanien ca. 16 % in einem der drei Flüchtlingslager untergebracht sind, gibt es im Libanon aufgrund der Erfahrungen mit den mitt-

lerweile in der dritten Generation in Lagern lebenden PalästinenserInnen nur informelle Camps. Das erschwert die Versorgung durch internationale Organisationen. Ein baldiges Ende des syrischen Bürgerkriegs ist nicht absehbar. Deswegen ist eine neue entwicklungsorientierte inter-

nationale Unterstützung der beiden Länder im Umgang mit den Flüchtlingen erforderlich. Es bedarf nicht nur mehr Geld für die humanitäre Hilfe vor Ort, sondern neue Ansätze, um die Aufnahmegemeinschaft zu stärken. Zum anderen müssen Deutschland und die EU sich zur Entlastung der Nachbarländer Syriens auch im Bereich der Aufnahme von Flüchtlingen stärker engagieren. Seit 2011 hat Deutschland insgesamt etwa 80.000 Menschen aus Syrien Schutz gewährt. Sicherlich können Resettlement- und humanitäre Aufnahmeprogramme, die mit der

Aufnahme der großen Zahl an Flüchtlingen beschriebenen Herausforderungen für den Libanon nicht lösen. Dennoch sind sie wichtig, um das Land zumindest etwas zu entlasten und den Schutz von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen zu gewähren.



Luise Amtsberg
Bündnis 90/Die Grünen



Flüchtlingscamp in Jordanien

Luise Amtsberg

Büro Husum


Schückingstraße 8, 25813 Husum
Telefon 04841 39 33
westkueste@luise-amtsberg.de

Büro Kiel

Jungmannstr. 50, 24105 Kiel
Telefon 0431 557 82 62
luise.amtsberg.ma04@bundestag.de

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-73053
Telefax 030 227-76051
luise.amtsberg@bundestag.de

 www.luise-amtsberg.de



Katrin und Luise im Gespräch mit Hilfskräften im Libanon



Stunde der Wahrheit am Fehmarnbelt

Während in Dänemark mit Spatenstichen eilig Fakten geschaffen werden, gibt Minister Dobrindt auf deutscher Seite nun endlich jahrelange Verzögerungen und Kostensteigerungen am Belt zu. Die Kosten für die deutsche Hinterlandanbindung der umstrittenen Querung haben sich plötzlich ver-

doppelt. Doch das ist noch lange nicht das Ende der Fahnenstange. Das weiß auch die Bundesregierung, die sich trotzdem bis heute nicht ehrlich macht und Öffentlichkeit und Parlament weiter hinhält. Dass alles viel später, lauter und teurer wird, haben wir Grüne in den vergangenen Jahren immer prophe-

zeit. Die schwarz-gelb-roten Tunnelfreunde schlitterten sehenden Auges ins Planungsdesaster und trieben das Projekt nach dem Motto „Augen zu und durch“ unbeirrt weiter voran. Diese Fehlplanungen, auf die auch der Bundesrechnungshof seit Jahren hinweist, werden den Steuerzahler noch teuer zu stehen kommen. So wird Politikverdrossenheit Vorschub geleistet. Statt die Verantwortung auf die Betroffenen abzuwälzen, fordern wir von Bund und Bahn weiterhin Konsequenzen: Im Bundestag bringen wir gerade erneut einen Antrag ein. Die Stunde der Wahrheit ist gekommen und alle Probleme gehören nun endlich auf den Tisch. Der Staatsvertrag muss ergebnisoffen Neubewertet und ggf. mit dem Ziel des Ausstiegs nachverhandelt werden. Noch schieben sich die einstigen Befürworter in der GroKo gegenseitig die Schuld zu. Wir sind gespannt, ob sie sich an ihre kürzlich in der Region gemachten Aussagen erinnern, wenn wir unsere Initiative demnächst im Bundestag beraten lassen.

Bundesregierung muss endlich für Datenschutz bei Facebook sorgen

Gerade hat Facebook erneut seine AGB geändert. Ein Recht auf Widerspruch gibt es nicht. Facebook fühlt sich auch weiterhin nicht an deutsches Recht gebunden. Die Bundesregierung hat dem Treiben viel zu lange tatenlos zugeschaut. Sie sabotiert seit Jahren die Bemühungen um einheitliche EU-Datenschutzstandards und verweigert gleichzeitig nationale gesetzliche Regelungen. Nun hat die Bundesregierung Facebook einen Brief geschrieben, in dem sie verdeutlicht, dass auch die neusten AGB-Änderungen nicht mit deutschem Recht zu vereinbaren sind. Diese klaren Worte begrüßen wir, aber öffentlichkeitswirksame Schrei-

ben alleine reichen nicht! Die Bundesregierung muss endlich ihre gesetzgeberische Verweigerungshaltung überwinden. Es ist absurd, wenn sie einerseits sagt, Facebook verstoße klar gegen deutsches Recht, sich öffentlich echauffert, gleichzeitig jedoch Gesetzesinitiativen verweigert und dem Ausverkauf unserer Bürgerrechte achselzuckend zuschaut. Wir haben bereits Ende 2011 einen Antrag zum Datenschutz in sozialen Netzwerken in den Bundestag eingebracht und die Bundesregierung mit 30 konkreten Vorschlägen aufgefordert, sich endlich für einen effektiven Grundrechtsschutz der 25 Mio. deutschen Nutzerinnen und Nutzern einzusetzen. Die Bundesregierung muss unsere Vorschläge endlich aufgreifen. Als Grüne werden wir auch weiterhin gemeinsam mit den Nutzer-

innen und Nutzern für mehr Transparenz und Datenschutz bei Facebook kämpfen. Denn: Wir müssen die Strukturen in denen wir leben, gemeinsam verändern und verbessern - auch und gerade in der digitalen Welt!



Dr. Konstantin von Notz,
Stellv. Fraktionsvorsitzender und
Netzpolitischer Sprecher

Evangelische Konstantin

Wahlkreisbüro von Notz
Marktstraße 8, 23879 Mölln
Telefon 04542 830700
Telefax 04542 9854886
Konstantin.notz@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72122
Telefax 030 227-76822
konstantin.notz@bundestag.de

 www.von-notz.de

Kapitänsausbildung neu aufstellen

Die Schifffahrt hat mit einer dramatischen Situation in der maritimen Ausbildung zu kämpfen, ebenso mit einem abnehmenden Bestand von Schiffen unter deutscher Flagge. Darum haben wir dazu einen Antrag eingebracht

(BT.-Drs.18/2748 http://dip21.bundestag.de/dip21_btd/18/027/1802748.pd).



Wir wollen damit erreichen, dass der drohende Verlust maritimen Know-Hows aufgehalten wird. Mit der Schifffahrtskrise ab 2008 kam auch die Ausbildungskrise. Die Bundesregierung hat die neue Situation nicht rechtzeitig erkannt und auch nicht zum Anlass genommen, sich aktiv für Veränderungen im Ausbildungssystem einzusetzen. Im Gegenteil, es fehlt ihr weiterhin an einem ernsthaften Reformwillen.

Damit gefährdet sie mittel- bis langfristig den Schifffahrtsstandort Deutschland: Inzwischen tendiert die Zahl der Handelsschiffe unter deutscher Flagge gegen Null, derzeit sind es noch etwa 170. Die deutsche Flagge ist allerdings mit der maritimen Ausbildung und Beschäftigung in Deutschland fest verbunden und reißt damit die Ausbildung von Seeleuten an der Küste mit ins Dilemma. Davon betroffen sind auch die Ausbildungsgänge in Flensburg und Lübeck. Bereits in zwei Fachgesprächen in

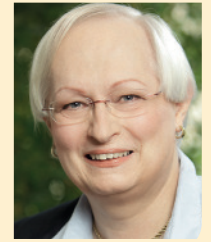
Berlin und Bremen haben wir Problematik und Ausmaß der Ausbildungskrise diskutiert. Es wird jetzt darauf ankommen, die Sorgen der Branche ernst zu nehmen und nach Lösungen zu suchen, die der maritimen Branche wieder Grund zur Hoffnung geben.

Würden von den Reedern Absolventen eingestellt und potenzielle Praktikanten nicht an der Ausbildung gehindert, wäre den Seeleuten geholfen. Doch ein Wille zur Einstellung ist bei den Reedern aktuell leider nicht in Sicht. Wir müssen die Arbeitgeber hier zukünftig verstärkt in die Pflicht nehmen und dafür die Rahmenbedingungen schaffen.

Nur dann kommen wir weiter, auf dem Weg zu einer bedarfsorientierten Ausbildung. Fertig ausgebildete Kapitäne, die am Ende ihr Seefahrtpatent nicht ausfahren können, sind nicht in unserem Sinne: Denn zur Schiffsoffiziersausbildung gehört es, eine bestimmte Zeit Praxis an Bord zu sammeln, sonst müssen sie mit dem Ausbildungsweg wieder von vorne anfangen.

Da Bildung und Wissenschaft Ländersache ist, müssen sich alle Seiten dringend verständigen. Dass die Ausbildung hierzulande weiter-

hin stattfinden muss, ist unbestritten. Doch müssen wir hier eine zukunftssichere Lösung finden, die nicht in der nächsten Schifffahrtskrise wieder schlapp macht. Wir schlagen dafür verstärkt den Weg eines dualen Studiums vor, das sich bereits an Land bewährt hat. Damit wären die Reeder stärker in das Ausbildungssystem eingebunden und würden mehr Verantwortung direkt übernehmen.



Dr. Valerie Wilms
Obfrau im
Verkehrsausschuss und
Nachhaltigkeitsbeauftragte
Bündnis 90/Die Grünen

Nachwuchs brauchen wir weiterhin dringend: Die See- und Hafenslotsen haben bis 2030 einen hohen Bedarf von 500 Nautikern, da bis dahin ein Großteil der heutigen Beschäftigten in Rente gehen wird. Ausreichenden Nachwuchs wird es nur geben, wenn wir die maritime Ausbildung auf neue Beine stellen. Darauf müssen sich Bund, Länder, Arbeitgeber sowie Arbeitnehmervertreter spätestens im Rahmen der nächsten Maritimen Konferenz im Oktober verständigen.



Wahlkreisbüro Wilms
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553985
Telefax 04101 553986
valerie.wilms@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-71682
Telefax 030 227-76289
valerie.wilms@bundestag.de

www.valerie-wilms.de